

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 11

Artikel: "Lo giuro", ich schwöre es!
Autor: Hui, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Lo giuro», ich schwöre es!

Ignazio Cassis legte am 19. September vor der vereinigten Bundesversammlung den Eid ab. Mit drei hochgestreckten Fingern bestätigte er die Formel: «Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.» Dass im Bundeshaus geschworen wird, deckt Widersprüche und offene Begründungsfragen im säkularen Rechtsstaat auf. Dass dazu Gott als der Allmächtige angerufen wird, verweist auf eine Theologie, die im 21. Jahrhundert schwer angeschlagen ist und hinkt.

Immerhin, der Allmächtige erscheint in der Präambel der Bundesverfassung an jenem Ort, wo auch von «der Verantwortung gegenüber der Schöpfung», von «Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt» die Rede ist und davon, «dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen». In Zeiten von Rechtspopulismus und eines erodierenden liberalen Rechtsverständnisses werden wir noch öfter froh sein um die Verfassung von 1999.

Welche Leitplanken setzt sie der Aussenpolitik? Im Artikel 54 heisst es: «Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt». Ignazio Cassis glaubte wohl, seinen peinlichen Schnellschuss bei *Pro Tell* für ein ultraliberales Waffenrecht auf dieses Ziel der Unabhängigkeit abstützen zu können – Verpflichtungen gegenüber der EU und das völkerrechtliche Engagement der Schweiz im weltweiten Kampf gegen Kleinwaffen hin oder her. Aber der Verfassungsartikel hört nicht beim Eigeninteresse auf:

Die Schweiz «trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen».

Angesichts von unterschiedlichen Interessen in der Aussenpolitik benötigt der Bundesrat einen soliden Kompass: die Menschenrechte, sie sind verbindlich festgelegt. Didier Burkhalter hat ihn genutzt, zögerlich, aber der Sache verpflichtet. Es braucht Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen für Freihandelsabkommen und für das Steuerregime, für die Russland- oder die Migrationspolitik. Die Schweiz benötigt endlich eine *Nationale Menschenrechtsinstitution*, wie sie von der UNO vorgezeichnet ist, in den meisten Nachbarländern funktioniert und vom EDA in aller Welt propagiert wird.

Die stärkste Herausforderung an eine kohärente Aussenpolitik besteht im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten. Die Schweiz will in beiden Bereichen zu den Grossen gehören. Die Bundespolitik ist in dieser Legislatur total festgefahren. Die FDP-Fraktion schiebt aussenpolitisch konstant nach rechts. Liberale PolitikerInnen, die sich für die Menschenrechte stark machen, fehlen. Wie etwa Dick Marty, der frühere Ständerat aus Cassis' Partei und Kanton. Er steht hinter der Konzernverantwortungsinitiative. Sie hat das Zeug, in den nächsten zwei Jahren der Aussenpolitik Beine zu machen und den neuen Bundesrat auf den Boden der Verfassung zu holen, auf die er geschworen hat. ●